

Folgen des unvermeidlichen Zinsanstiegs für Bonds

06.02.2015 | [Dr. Dietmar Siebholz](#)

Nachhilfe in Logik: - Zu erwartende Zinssteigerungen für Staatsanleihen - was erwartet die Bürger? Extreme Steuerhöhungen, Konfiskationen oder unbegrenztes Geldddrucken?

Ich muss zugeben, manchmal ist die extreme Beschäftigung mit den vielen Daten, die uns als Fakten bedrängen, hinderlich, die realen Gefahren und Relationen zu erkennen. Das muss ich vorausschicken, um den Schock zu erklären, der mich erschütterte, als ich mit einem Bankspezialisten kürzlich hier in einer Hotelrezeption in Panama-City das allgemeine Szenario und speziell die Risiken, die uns aus den so zahlreichen vermeintlichen schwarzen Schwänen drohen, diskutierte. (Nur zur generellen Information: Mit "schwarzen Schwänen" werden Ereignisse und extreme Veränderungen bezeichnet, die völlig überraschend und unvorhersehbar Einfluss auf politische und wirtschaftliche Abläufe nehmen).

Meine persönliche Meinung dazu ist: Mit der Definition des Ausnahmebegriffs "schwarze Schwäne" wollen sich die Verantwortlichen für die Fehlentwicklungen ein Entschuldigungspotential schaffen, aber die vermeintlichen schwarzen Schwäne sind aber keine, denn die meisten von ihnen konnte man mit seriöser Analyse schon vor Jahren definieren. Sie sind nämlich kein überraschender Tsunami, sondern klare und zerstörerische Fakten, die man bislang nur geleugnet hat, z.B. Überschuldung, demografische Fehlentwicklungen, Zinsmanipulationen á la LIBOR, von außen oktruiertes Vasallentum etc ...

Mein Gesprächspartner brachte in unsere Fachdiskussion um den Zeitpunkt, wann sich die an sich schon extrem gefährliche Gemengelage in der Finanz und Wirtschaftswelt zu einem unbeherrschbaren Flächenbrand entzünden könnte, einen neuen Gedanken ein, den ich bisher nicht im Fokus und ehrlich gesagt, so nicht durchdacht hatte.

Er fragte mich nämlich, ob mir klar sei, wie sich künftige Erhöhungen des allgemeinen Zinsniveaus für Staatsanleihen auf das Budget eines Landes auswirken werden und mit welcher Relation diese künftigen zusätzlichen Zinsbelastungen zu den erwarteten Steuereinnahmen ständen. Dann legte er mir folgende Werte vor, die aus der Realität gegriffen sind, hierzu beispielhaft die Eckdaten der USA. Er erklärte aber dazu, dass diese Relationen mit unterschiedlichen Hebeln (aber alle dieser Hebel sind letztendlich letal) in ähnlicher Weise für fast alle Volkswirtschaften der Welt gelten.

Er stellte folgende Fakten am Beispiel der USA in die Kalkulation ein:

- 1. Staatsverschuldung (USA) derzeit 18 Billionen US-\$
- 2. Haushaltsvolumen (USA) für 2014 geschätzt 3,5 Billionen US-\$
- 3. Da dieser Haushalt nur durch 2,8 Bill. \$ Steuereinnahmen gedeckt war, hätte ein Ausgleich erst dann geschehen können, wenn die Steuereinnahmen generell um 25% erhöht oder das Budget um 20% reduziert würde. Bei der folgenden Berechnung haben wir aber dennoch diesen negativen Zusatzeffekt außen vor gelassen.
- 4. Angenommen, die Zinsen würden von einem Durchschnittszinssatz für US-Staatsanleihen von geschätzt 3,0% auf 4,5% (also unterhalb des 25-jährigen Durchschnittszinssatzes für US-Staatsanleihen) steigen, dann stiege der Zinsaufwand im Budget um 270 Mrd. US-Dollar (also um 50%) gegenüber dem bisherigen Ansatz bzw. um knapp 10% der gesamten Steuereinnahmen an.
- 5. Wenn der US-Haushalt ausgeglichen sein sollte, müssten die Steuern auf der Basis der zuletzt bekannten Werte von 2013 um mehr als 35% steigen. Wenn er nicht ausgeglichen sein sollte, dann lediglich um 10% aber mit der Garantie, dass dann auf die erhöhte Schuldensumme künftige Zinsen zu zahlen sind. Somit wird der ohnehin extrem negative Zinseszinsseffekt nochmals potenziert.
- 6. Wird der US-Bundeshaushalt aber nur durch neue Schuldaufnahmen ausgeglichen werden (was naheliegt), dann ergibt sich ein weiterer negativer Dynamisierungsfaktor, der sich entweder als Zwang zu einer wesentlich höheren Neuverschuldung oder zu erheblichen Steuererhöhungen auswirkt.

Eine Steuererhöhung von 35% zur Deckung von Haushaltsdefiziten und Zinskostenanstieg ist in unserem System aber nicht vorstellbar, solange noch Niederlassungsfreiheit und freie Kapitalmärkte nicht nur leere Worthülsen sind. Unmittelbar nach Bekanntgabe solcher exzessiven Steuerlasten würden Firmen und Bürger mit Maßnahmen antworten, die nur noch zu einer neuen Maßnahmen-Eskalation durch die

Regierungen führen können. Solange die Globalisierung zumindest im Kapitaltransfer nicht durch gegenläufige Maßnahmen verhindert wird, dürfte diese Reaktion der Politik - wie man so schön sagt - nach hinten losgehen.

Der von mir geschätzte Herr Clemens Schmale hat hierzu kürzlich eine interessante Studie vorgelegt. Um es kurz zu machen. Er sagt mit belegten Zahlen, dass die USA (als Beispiel) durch die starke Zinsdrückung über QE-Maßnahmen (quantitative easing - welch herrliche sachfremde Umschreibung! So könnte man Krebs auch mit "unkontrollierbarem Wachstum" verharmlosen ...) über die wesentlich reduzierten Zinssätze für Staatsanleihen Einspareffekte in unvorstellbaren Größenordnungen - für 2014 schätzt er diese auf ca. 670 Mrd. US-\$ - genutzt hätten.

Damit wird auch ein Hinweis auf die Bedeutung der Zinsmanipulation gegeben; übersehen wird dabei, dass mit diesen Maßnahmen ein erheblicher Einfluss auf das Sparverhalten der Bürger genommen wird; wenn man bei Berücksichtigung realer Inflationswerte (also die von der Hausfrau gespürte und nicht die von Statistikern schönerechnete) jährlich bis zu 3,0% seiner Kaufkraft verliert, wird eher darangehen, sein flüssiges Kapital in Sachwerte anzulegen oder höhere Risiken auf sich nehmen. Fehlendes Sparkapital aber reduziert das Kapitalangebot z.B. über Versorgungskassen, Versicherungen etc und steht dann den Staaten nicht mehr für deren weiteren Schuldenorgien zur Verfügung.

Die Ermittlung der detaillierten Risikopotentiale /also die Brisanz der Zinskostenexplosion bei aus Tiefstwerten steigenden Anleihezinsen) für einzelne Staaten gleicht dem Sysiphos-Prinzip, denn man müsste ja jede Anleihe nach deren Laufzeit, deren Zinsbedingungen und ggfl. nach den vereinbarten Kündigungs Sonderregelungen und in einer Sonderberechnung bewerten.

Das ist kaum möglich; hingewiesen sollte aber auf jeden Fall darauf, dass einige (vor allem südeuropäische Staaten) wegen der niedrigen kurzfristigen Zinsen ihre Kapitalbeschaffung vor allem im extrem kurzfristigen Bereich abgeschlossen haben. Sie verstoßen damit gegen eine Bankenregel, die ich vor mehr als 50 Jahren lernen durfte, nämlich langfristige Investitionen und Kosten nicht kurzfristig zu finanzieren.

Dieser Verstoß gegen allgemeine gültige Bankenregeln, der heute durch Derivatekonstruktionen verschleiert, aber nie ausgelöscht werden kann, hat in der Vergangenheit schon viel Opfer gekostet. Denn die beliebte Bankierslösung in Krisenfällen "aus kurz mach lang" hat sich noch nie dauerhaft durchsetzen können. Auch hier gilt, dass man eherne Gesetze nicht durch irgendwelche Gestaltungen wirkungslos machen kann.

Um solche Regeln kümmert sich heute niemand mehr; sie gelten aber dennoch so wie es nicht gelingen wird, auf der Erde die Schwerkraft aufzuheben. Fehlende Kongruenz zwischen den Laufzeiten der Schulden und deren Finanzierung sind schon oft ziemlich lange gut gegangen, bis auf einmal (welch Überraschung für alle!) sich dann doch die alte Regel durchsetzt, mit dem unvermeidbaren Misserfolg für alle Beteiligten.

Anfangs sieht es nicht so aus, denn mit der Anwendung von QE sinkt ja auch vorübergehend die Neuverschuldung, weil man für mehr Kredite weniger Zinszahlungen aufnehmen muss. Das ist aber ein gefährlicher Trugschluss, denn mit dem starken Rückgang der Spartätigkeit wird es kurz über lang einen Wettbewerb der kreditsüchtigen Staaten um das globale Sparkapital geben und dann gelten wieder die alten Marktregeln mit der Folge, dass die Zinsen extrem steigen werden.

Welche Konsequenzen haben diese Marktwänge auf die Regierungen? Es gibt deren vier, aber nicht alle sind politisch umsetzbar oder durchsetzbar.

- 1. Austerity = Vollbremsung bei den Ausgaben (in Demokratien siehe Griechenland kaum der Mehrheit zu vermitteln)
- 2. Schuldenreduzierung durch Privatisierungen = Verkauf von Staatseigentum, in Krisenzeiten kaum mit hohen Erlösen verbunden
- 3. Extreme Steuererhöhungen = soziale Unruhen - Kapitalflucht und Steuervermeidung - daraus folgende Kapitalkontrollen
- 4. Konfiskationen

Zur Alternative 3: Ich kann mir nicht vorstellen, dass man z.B. in der BRD Steuererhöhungen von total 15% bis zu 25% durchsetzen kann, die man für die Stabilisierung unseres Haushaltes (und den auf uns zukommenden Ausgleichsforderungen der lieben EU-Nachbarn) dann dringend braucht, wenn es zu den unvermeidlichen Zinserhöhungen kommen wird. Somit bleibt der Lösungsansatz Nr. 4 als einzige reale

Alternative.

Wenn es nämlich im Bereich der Steuersätze kaum noch "Spielräume" z.B. für die BRD im Vergleich zum EU-Umfeld gäbe, dann bleibt also nur noch eine einzige Alternative, nämlich die Inanspruchnahme der Bürger durch Sonderabgaben, Solidaritätsumlagen etc., also ein Angriff auf die Bürgervermögen. Eine Garantie für Spareinlagen, wie sie vor Jahren einmal von zwei deutschen Politikern erklärt wurden, ist ein deutliches Beispiel für die bewusste Fehlinformation der Bürger durch die Politik.

Ein Staat, der selbst schon erheblich verschuldet ist (mit ca. 2,2 Bill. Euro), der Gewährleistungsverpflichtungen für die letzten Fußkranken der europäischen Völkerwanderung in einer Größenordnung von mehr als einer Billion Euro stemmen muss, wie soll der - wenn es zu neuen finanziellen Engpässen kommt - Spareinlagen von mehr als 3 Billionen garantieren? Diese Garantie hat wohl den gleichen Wahrheitsgehalt wie Norbert Blüm's "eines ist sicher: Die Rente". Natürlich kann man à la Draghi das so garantierte Geld zusätzlich neu drucken, aber damit wirft man uns direkt dem Untier "Inflation" zur Beute vor.

Da der Schuldendienst für die aufgenommenen Anleihen eine der wesentlichen Positionen der Budgets ist und da fast alle Staaten an den gleichen Schwäche leiden, wird der Wettlauf um neue Kredite und deren Kreditkonditionen nach einem gewissen Vorlauf sehr hart werden und diese Konstellation führt dann im Markt sicher zu weiteren Zinssteigerungen.

Dass die Zentralbanken auch weiterhin auf diesem oder anderen Wegen Liquidität in den Umlauf bringen werden, dürfte angesichts der sonst sehr schnell einsetzenden Zinssteigerungsproblematik kaum angezweifelt werden. Allein schon der Verwässerungseffekt der "Quantitative Easing-Maßnahmen" auf die Kaufkraft wird zum Kulminationspunkt einer weiteren Geldkrise führen.

Das aktuelle Problem ist ja im Rahmen dieser Vorgaben, dass man ja fürs Tägliche Geld benötigt, aber dieses Geld eine der früher geltenden Bedingungen, nämlich ein Wertaufbewahrungsmittel zu sein, nicht mehr erfüllt. Das Thema "Matratze" ist leider keine

Lösung mehr, denn schneller als die Mäuse, die sich ggfl. daran laben können, führt der permanente Kaufkraftverlust zu erheblichen Verlusten für den normalen Bürger.

Das Vorhalten ausreichender Liquidität ist eine der wesentlichen Forderungen, die man für ein verantwortungsvolles Management des Familienvermögens zu erfüllen hat; stabile internationale Währungen, die schnell verwertbar sind, Bargeld in Münzenform mit hohen inneren Edelmetallwert (also beispielsweise die alten 10 €-Gedenkmünzen, die einen relativ hohen Silbergehalt haben) und der legale, anonyme Kauf von Goldmünzen für die Anlage höherer Barbeträge sind hier die richtige Lösung.

Was können Sie sonst noch tun, um sich wenigstens etwas gegen das Unvermeidliche zu wehren? Richten Sie auf jeden Fall ihre Anlagedispositionen über die Sicherung des täglichen Bedarfs danach aus. Die Anwendung der Bail-In-Gesetze (also die partielle Konfiskation Ihrer Bankeinlagen) kann man mit einem Konto im Nicht-EU-Ausland bei seriösen Banken (siehe Nachsatz 1) vermeiden.

Den drohenden Steuerhöhungen auf Vermögen ist über vorausschauende Erbschaftsregelungen, über kongruente Fremdfinanzierungen für angeschafftes Vermögen mit der Folge der Reduktion der in der BRD (wohl unvermeidlich künftigen Vermögensabgabe) steuerbaren Nettovermögenswerte, über die Anschaffung von agrarisch genutzten Fläche im Nicht-EU-Ausland (siehe Nachsatz 1) und über weitere abgestimmte legale Konzeptionen wie Familienstiftungen (siehe Nachsatz 1) etc. zu begegnen.

Eine weitere Maßnahme sollten Sie nicht übersehen, so wenig Sie derzeit auch an diese denken können. Sichern Sie sich einen zweiten alternativen und optionalen Lebensmittelpunkt, (siehe Nachsatz 1) der für Sie und Ihre Familie dann Wert gewinnt, wenn Sie die EUdSSR (wie manche Kritiker der EU diese heute nennen) so richtig satt haben sollten.

Und bitte, lassen Sie sich nicht zu viel Zeit. Griechenland, die Zuspitzung zwischen NATO und Russland, der enorme Neu- und Umfinanzierungsbedarf aller EU-Länder - insbesondere der Club-Med-Staaten - und das Risiko von nicht mehr kontrollierbaren Zinssteigerungen lassen kaum noch große Hoffnungen wie "es wird schon alles wieder gut werden" oder, "bisher konnte es immer wieder abgebogen werden." etc. zu.

Und zum Schluss noch etwas zum Nachdenken: Viele meiner Freunde glauben an meine Analyse, sagen aber, die Politik haben immer wieder Auswege gefunden und ich soll nicht so pessimistisch sein. Ich bin aber Realist, denn das, was die Politik uns an "Erleichterungen" bietet, ist am Ende doch nur die große Hinauszögerung. Das dicke Ende verschieben sie gekonnt auf die nächste oder übernächste Legislaturperiode, wenn sie ihre (wohlverdienten - da wird mir ganz schlecht, wenn ich dies schreibe) Pension wo auch immer genießen. Der gesunde Menschenverstand und der Volksmund wissen es besser

und beide sagen: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben ...

Wie schon oben erklärt, die Schwerkraft und die Regeln der Mathematik können die Schönschwätzer in Brüssel und Berlin und die für die Beruhigung der Völker eingesetzten Wirtschaftswissenschaftler mit ihren parteilichen Stellungnahmen und ihren verklausulierten Beurteilungen "pro domo politico" nicht aufheben.

© Dr. Dietmar Siebholz

wthlz2@gmx.de

www.emuro.de

Nachsatz 1: Alle die in obigem Kommentar mit diesem Hinweis versehenen Schritte und Abwicklungen habe ich für unsere Familie bereits erfolgreich realisiert; wenn Sie mir dazu Fragen stellen wollen, erreichen Sie mich über wthlz2@gmx.de.

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/232588--Folgen-des-unvermeidlichen-Zinsanstiegs-fuer-Bonds.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer](#)!

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).